

Zentralsekretariat  
Steinerstrasse 35  
Postfach 1008  
3000 Bern 6

Telefon +41 31 357 57 57  
Telefax +41 31 357 57 58  
info@sev-online.ch  
www.sev-online.ch

Giorgio Tuti  
Direkt +41 31 357 57 07  
Mobil +41 79 221 45 64  
giorgio.tuti@sev-online.ch



## **Die Mobilität der Zukunft muss den sozialen Errungenschaften und dem Rechtsstaat der Schweiz verpflichtet sein!**

Die SBB haben die Zeichen der Zeit erkannt und wollen die Mobilität der Zukunft gestalten. Sie haben dafür eine Reiseplaner-App entwickelt, mit deren Hilfe man individualisierte Reisen von Tü zu Tür mit dem jeweils günstigsten, schnellsten oder den individuellen Bedürfnissen angepassten Transportmittel planen und buchen kann. Lieder sind die SBB der Meinung, dass die Mobilität der Zukunft auch von unsozialen Unternehmen, die weder Steuern zahlen noch das Schweizer Recht einhalten, erbracht werden kann.

Die SBB geniessen einen beachtlichen Rückhalt in der Bevölkerung, was sicherlich auch damit zusammenhängt, dass Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass die SBB eine Arbeitgeberin ist, welche die Sozialpartnerschaft lebt und sich an die gesetzlichen Bestimmungen der Schweiz hält.

Wenn die SBB aber den US-amerikanischen Konzern Uber in ihrer Reiseplaner-App integrieren und damit auch Werbung für diese Unternehmung machen, legitimieren sie damit auch die unsozialen und unrechtmässigen Geschäftsgebaren von Uber. Die SBB dürfen ihre Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen, indem sie in einem Atemzug mit Uber genannt und auch wahrgenommen werden. Mit einem Unternehmen, das gewerbsmässig unsere öffentlichen Infrastrukturen nutzt, in der Schweiz jedoch keine Steuern bezahlt.

Uber betreibt ein weltweites Offshore-Firmenkonstrukt und hat zwar einen Geschäftssitz in der Schweiz. Über diesen werden aber keine Geschäfte abgewickelt, sondern nur Beratungen für Fahrer/-innen durchgeführt. Die Verträge mit den Uber-Fahrer/-innen werden von einer Gesellschaft in den Niederlanden abgeschlossen. Dadurch gibt gegenüber den Behörden in der Schweiz auch niemand Auskunft. Uber zahlt durch Steueroptimierung sowohl keine Gewinn- wie durch Umgehung der Gesetze keine Mehrwertsteuern.

Uber-Fahrer/-innen sitzen zwischen Stuhl und Bank. Sie werden von der Suva nicht als Selbstständige anerkannt und von Uber nicht als Angestellte. Sie können nicht legal arbeiten, da sie zum Beispiel ihr Einkommen nicht ordentlich versteuern können.

Uber wird von unterschiedlichen Seiten angegriffen und hat ein grosses Interesse daran, sich einen seriösen Anstrich zu geben. Indem das Unternehmen als Partner von SBB und Post wahrgenommen wird, profitiert es automatisch auch von deren gutem Image und schädigt es gleichzeitig.

Der Bundesrat wurde gefragt, wie er dazu steht, dass bundeseigene Unternehmungen mit einer Firma zusammenarbeiten, welche Schweizer Recht systematisch verletzt oder dazu anstiftet. Und ob er glaubt, dass diese Zusammenarbeit das gute Ansehen der SBB und der Post gefährdet. Der Bundesrat vertrat zwar die Meinung, dass SBB und Post hier freie Hand hätten, da es sich um eine operative Frage handle. Er teilte den Unternehmen aber auch mit, dass das Bewahren des guten Ansehens im Interesse der beiden Unternehmen liege und dass er erwarte, dass sich bundesnahe Unternehmen und deren Partner an die gesetzlichen Vorgaben halten.

Es geht nicht darum, die App als solche zu verhindern, sondern den SBB klar zu machen, dass sie als Anbieter der App gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern auch für die Geschäftspraktiken ihrer Partner geradestehen. Als seriöses Unternehmen müssen sie eine App mit seriösen Partnern aufbauen.

Die SBB sind ein Gütesiegel für den Mobilitätsanbieter schlechthin, welcher mit Hilfe von staatlichen Mitteln, mit Unterstützung der Bevölkerung und durch den grossen Einsatz des Personals aufgebaut werden konnte. Von diesem Gütesiegel sollen nur Partner profitieren können, welche sich zu unseren Gesetzen bekennen und welche die in der Schweiz üblichen Sozialstandards garantieren. Und das tut Uber nicht. Wenn dieses Sozialdumping der Preis für die Mobilität der Zukunft sein soll, dann wollen wir diese Mobilitätszukunft nicht!

Giorgio Tuti, Präsident SEV